



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

„Die Umsetzung der Energiewende und die Beteiligung der Bürger“



Vortrag des
Präsidenten des Bundesrates und
Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg
Winfried Kretschmann
an der Universität Kyoto, Japan
am 23. Mai 2013

Vorwort

Der amtierende Bundesratspräsident und Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, besuchte mit einer Delegation vom 18. bis 28. Mai 2013 Japan und die Republik Korea. Aus seinem Kabinett reisten Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Umweltminister Franz Untersteller und der Minister für den Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich mit. Der Bundesrat wurde vertreten durch Bundesratsdirektor Gerd Schmitt. Begleitet wurde Winfried Kretschmann auch von rund 30 Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft sowie von Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen.

Als Präsident des Bundesrates setzte sich Winfried Kretschmann für die Pflege und Vertiefung der deutsch-japanischen und der deutsch-koreanischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein. Zudem bot die Reise die Gelegenheit, angesichts der Dreifachkatastrophe in Fukushima unter ganz anderen Vorzeichen über Themen wie Energieforschung, Energiewende, erneuerbare Energien und grüne Technologien in Japan zu diskutieren.

Daher war neben den politischen Gesprächen die Einladung, an der Universität Kyoto einen Vortrag zu „Die Umsetzung der Energiewende und die Beteiligung der Bürger“ zu halten, für Winfried Kretschmann ein besonderer Höhepunkt der Reise. Gerade als grüner Regierungschef hat er ein besonderes Interesse an der Umwelt- und Energiepolitik.

Den Vortrag und einige Impressionen der Reise können Sie dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!

Ihre Pressestelle der Landesregierung



Der amtierende Bundesratspräsident, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seine Frau Gerlinde stehen vor der Regierungsmaschine Airbus 310 kurz vor dem Abflug nach Tokio.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke meinen japanischen Gastgebern herzlich für die freundliche Aufnahme. Ich bin sehr gerne zu Ihnen gekommen, um über die Umsetzung der Energiewende und Bürgerbeteiligung zu sprechen. Zum einen, weil die Universität Kyoto als Stätte der Forschung und der Wissenschaft auch in Deutschland einen exzellenten Ruf genießt. Zum anderen, weil die Modernisierung der Energieversorgung für unsere beiden Länder ein zentrales Anliegen ist.

Beim Umbau der Energiesysteme schlagen Japan und Deutschland neue Wege ein. Unsere Länder stellen sich der Aufgabe, wie unsere hochtechnisierten, wettbewerbsfähigen und exportorientierten Volkswirtschaften künftig ohne eine veraltete Risikotechnologie wie die Atomkraft betrieben werden. Auch deshalb sind wir mit einer großen Delegation aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Japan: weil wir neugierig sind, wie Sie die Energieversorgung in Japan umbauen wollen. Wir wollen uns mit Ihnen austauschen, wie Sie diese Herausforderungen anpacken.

Im Gegenzug wollen wir mit Ihnen unsere Erfahrungen teilen, will ich von unserem Weg, der sogenannten „Energiewende“, berichten: Was hat es mit dieser Energiewende auf sich? Ist sie ein deutscher Sonderweg? Kann ein Industrieland wie Deutschland ohne Atomkraft auskommen und auf lange Sicht komplett auf erneuerbare Energien umstellen?



Der Ausblick aus dem Hotelfenster auf die Skyline von Tokio (Japan).

1. Zur Rolle der Atomkraft

Die Energiewende basiert auf einer neuen Sicht auf die Atomkraft, die sich fundamental von der aus dem letzten Jahrhundert unterscheidet. In Deutschland galten Atomkraftwerke – wie in Japan – lange Zeit als sicher. Die Technologie wurde von einer Mehrheit für beherrschbar gehalten und die Entsorgung radioaktiver Abfälle für unproblematisch. Bis zur Mitte der 1980er Jahre wurden 19 Reaktoren in Deutschland gebaut und in Betrieb genommen, zum Teil auch gegen den großen Widerstand der Bevölkerung. Es waren vor allem die Umweltverbände und dann die Partei der „Grünen“, die auf die Risiken der Atomkraft hinwiesen.

Dann kam es zur Explosion des Atomreaktors in Tschernobyl. Das war 1986, vor rund 25 Jahren. Und obwohl der Unfall mehrere 1000 Kilometer entfernt in der damaligen Sowjetunion stattfand, wurde in Westeuropa und auch in Deutschland erhöhte Strahlung gemessen. Ich persönlich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Kinder in dieser Zeit nicht mehr im Sandkasten spielen durften. Tschernobyl hat uns klar gemacht, dass die Atomkraft weder sauber noch sicher ist, sondern unkontrollierbar und hochgefährlich. Nach dem Unfall von Tschernobyl wurde nicht mehr darum gestritten, neue Atomkraftwerke zu bauen. Es wurde jetzt darum gestritten, wie schnell wir aus der Technologie aussteigen können, die zu Höchstzeiten immerhin rund 30 Prozent der deutschen Stromnachfrage abdeckte.

Im Jahr 2000 erfolgte dann der erste Durchbruch. Die damalige rot-grüne Bundesregierung von Sozialdemokraten und Grünen vereinbarte mit den Energiekonzernen den



Der Präsident des japanischen Oberhauses, Kenji Hirata (1. Reihe, 3.v.l.), empfängt Bundesratspräsident Winfried Kretschmann (1. Reihe, Mitte).

schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2023. Die ersten beiden Reaktoren wurden 2003 und 2005 abgeschaltet. Auf Druck der Energiekonzerne und nach einem Regierungswechsel wurden im Jahr 2010 die Laufzeiten der Atomkraftwerke noch einmal um 8 bis 12 Jahre verlängert. Doch diese Schonfrist für die Atomkraft währte nicht lange.

Die schreckliche Dreifachkatastrophe von Fukushima hat uns allen, auch den bisherigen Befürwortern, vor Augen geführt, dass die Hochrisikotechnologie der Atomkraft selbst von einem der am höchsten entwickelten Industrieländer der Welt nicht vollständig beherrscht werden kann. Nach Fukushima demonstrierten in Deutschland zehntausende von Menschen auf den Straßen gegen die Atomkraft und für den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Effizienz.

Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel, einer einstigen Befürworterin der Atomkraft, hat nach Fukushima acht Reaktoren sofort abschalten lassen und einem neunten, der schon seit Monaten außer Betrieb war, das Wiederhochfahren verwehrt. Eine Ethik-Kommission unter Beteiligung der Wirtschaft, der Kirchen, der Gewerkschaften und anderen empfahl der Regierung, aus der Atomkraft auszusteigen, da es mit den Erneuerbaren Energien verlässliche Alternativen gäbe. Die Kommission und ihre weitsichtige Empfehlung waren Ausdruck eines neuen gesellschaftlichen Konsenses.

Mit überwältigender Mehrheit und Stimmen der Regierungs- und Oppositionsparteien haben daraufhin der Deutsche Bundestag und der Bundesrat in einem nationalen



Zufällige Begegnung auf dem Oktoberfest in Tokio: Japanische Dirndlträgerinnen treffen Winfried Kretschmann.

Konsens den endgültigen Atomausstieg beschlossen: Am 31.12.2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet.

2. Energiewende

Doch die Energiewende ist viel mehr als nur ein Ausstieg aus der Atomkraft. Sie ist zugleich ein Einstieg in die erneuerbaren Energien, mit dem Ziel, die Energieversorgung unserer Wirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts weitgehend auf erneuerbare Energien umzustellen – beim Strom, im Verkehr und in der Wärmeversorgung unserer Häuser. Für diesen Umbau haben wir uns klare Ziele gesetzt.

Deutschland will erstens bis 2050 mindestens 80 % seines Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Zweitens wollen wir den Gesamtenergieverbrauch (Strom, Wärme, Treibstoffe) halbieren. Und drittens haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 % zu reduzieren. Diese Ziele werden parteiübergreifend unterstützt. Meine Partei, Bündnis 90/Die Grünen, drängt mit guten Argumenten darauf, dass wir ehrgeiziger sein sollten und die Ziele früher erreichen könnten.

Doch nicht nur der Bund setzt sich ambitionierte Ziele. In meinem Land Baden-Württemberg wollen wir die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 25 % und bis 2050 sogar um 90 % verringern (Referenz: 1990). Und wir wollen bis zum Jahr 2020 mindestens 38 % der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien gewinnen – davon 10 % aus Windenergie.

Derzeit (2012) – ich habe mir ja sagen lassen, dass man in Japan stets an möglichst konkreten Zahlen interessiert ist – besteht der Energiemix in Deutschland (Bruttostromerzeugung) aus:

- 16 % Kernenergie,
- 21,9 % Erneuerbaren Energieträgern,
- 19,1 % Steinkohle und 25,7 % Braunkohle
- sowie 11,3 % Erdgas (Sonstige 4,3 %).

Soweit ich weiß, soll auch in Japan der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 25 - 35 % angehoben werden.

Dabei achten wir darauf, dass das „klassische Zieldreieck“ der Energieversorgung optimal umgesetzt wird. Wir gewährleisten, dass

- jederzeit ausreichend Energie bereitgestellt wird (Versorgungssicherheit), und zwar
- so klima- und umweltverträglich wie möglich (Umweltverträglichkeit) und
- so kostengünstig wie möglich (Wirtschaftlichkeit).

Ausstieg aus der Atomkraft

Bevor ich auf die Frage eingehe, wie wir uns eine Zukunft ohne Atomkraft vorstellen, noch zwei Bemerkungen zum Übergang. Denn auch wenn wir Atomkraftwerke stilllegen, beschäftigen uns ihre Folgen noch für Jahre und Jahrzehnte.

Zum einen drängen wir auf einen Strukturwandel in den Regionen. Die Kraftwerks-Standorte können sich durch den Ausstiegs-Zeitplan auf den Rückbau vorbereiten. Zwar werden an abgeschalteten Reaktoren noch auf Jahre hinaus hochqualifizierte Atomingenieure benötigt. Doch insgesamt fürchten die Standorte den Verlust von Arbeitsplätzen. Dem kann man mit gezieltem Strukturwandel aktiv begegnen. Wie ein solcher Übergang gelingen kann, zeigt sich im Norden Deutschlands. Das Atomkraftwerk Brunsbüttel in der Nähe von Hamburg wurde im August 2011 abgeschaltet. Neue Arbeitsplätze werden dort in Zukunft durch die Offshore-Windkraft-Industrie geschaffen: Der Hafen erhält eine 600 m lange Schwerlast-Pier, in unmittelbarer Nähe werden Gewerbeflächen für die Hersteller für Windkraftanlagen-Komponenten eingerichtet.

Zum anderen: Wir müssen die Frage beantworten, wie der Atommüll sicher gelagert werden kann. Diese Herausforderung wird nicht nur uns und unsere Kinder und Enkel beschäftigen, sondern die nachfolgenden Generationen für Hunderttausende von Jahren.



Gespräche mit führenden Persönlichkeiten von AKW Zero (Überparteiliche Abgeordneten- und Interessensgruppe mit Thema Atomausstieg und Energiewende).

In Deutschland entschied die Politik in den 1970er Jahren ohne grundlegende Debatte zunächst im norddeutschen Gorleben einen Salzstock auf seine Eignung als Endlager untersuchen zu lassen. Jahrzehnte wurde erkundet und ausgebaut. Knapp 2 Milliarden Euro wurden dafür ausgegeben. Mit jedem Jahr nahmen allerdings die Zweifel in weiten Teilen der Gesellschaft, Politik und auch der Wissenschaft zu, ob das Vorgehen und der Salzstock selbst ausreichende Sicherheit werden bieten können.

Nach Fukushima und den Beschlüssen zur Energiewende habe ich deshalb Ende 2011 eine Initiative gestartet, um ein neues Suchverfahren für ein Endlager auf den Weg zu bringen. Bund und Länder haben sich in intensiven Verhandlungen darauf geeinigt, auf Grundlage des Prinzips der „weißen Landkarte“ einen neuen Suchprozess für ein nationales Endlager zu starten. Entscheidend ist – und darf in diese Frage übrigens auch nur sein – allein die Sicherheit eines möglichen Standorts. In einem mehrstufigen Verfahren wollen wir auf streng wissenschaftlicher Basis den bestmöglichen, das heißt sichersten Standort finden. Bei jedem Schritt erhalten die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu allen Informationen und können sich einbringen. Am Ende jedes Schrittes entscheiden Bundestag und Bundesrat über den weiteren Fortgang des Verfahrens. So wollen wir sicherstellen, dass sich der Gesetzgeber stetig mit dem Verfahren beschäftigt und Entscheidungen von einer möglichst großen Mehrheit der Menschen und der Politik getragen werden.

Auf dieses Verfahren haben wir uns – wie bei der Energiewende insgesamt – im „nationalen Konsens“ geeinigt, das heißt: in Übereinstimmung zwischen Bund und



Setsuko Kida (m.r.), Opfer der Dreifachkatastrophe, erklärt im Rahmen einer Gesprächsrunde zur aktuellen Situation in Fukushima auf einer Landkarte das Ausmaß der Verstrahlung.

Ländern und quer über Parteigrenzen hinweg. Projekte von so grundlegender, wie weitreichender Bedeutung lassen sich nicht im Konflikt und Streit lösen, sondern nur dann, wenn alle relevanten Kräfte in Gesellschaft und Politik an einem Strang ziehen.

Ausbau der Erneuerbaren Energien

Werden Atomkraftwerke abgeschaltet, stellt sich die Frage, wie diese Kapazitäten ersetzt werden. Allein im Bundesland Baden-Württemberg, wo ich 2011 die Regierungsverantwortung übernommen habe, wurden rund 50 % des Stroms in Atomkraftwerken hergestellt. In Deutschland insgesamt waren es immerhin noch 17,7 %¹.

Unsere Antwort: Neben dem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie geht es bei der Energiewende vor allem um einen Einstieg in die erneuerbaren Energien. Auch in ihrem Land ist der Ausbau erneuerbarer Energien ein immer wichtiger werdendes Thema, denn auch bei Ihnen lehnt im Gegensatz zur Zeit vor Fukushima eine Mehrheit der Bevölkerung die Atomkraft ab. In den letzten Tagen haben meine Gesprächspartner mir eindrucksvolle Beispiele für den Ausbau erneuerbarer Energien in Japan gegeben:

- In unserem gestrigen Gespräch berichtete mir der Gouverneur von Fukushima, dass das Ziel seiner Präfektur sei, in spätestens 30 Jahren den regional konsumierten

¹ Im Vergleich zu 24,6% in Japan im März 2011, Quelle: Federation of Electric Power Companies of Japan; aktuell lt. FH: 6,8%.



Winfried Kretschmann und der deutsche Botschafter Volker Stanzel mit japanischen Schülerinnen in Yokohama, Präfektur Kanagawa (Japan).

Strom auch regional und erneuerbar herzustellen. Eine Möglichkeit, diesem Ziel näher zu kommen, seien sogenannte „schwimmende Windräder“. Ich meine: Wenn Unternehmen wie Mitsubishi Heavy Industries u.a. mit einem großen Pilotprojekt vor der Küste von Fukushima demonstrieren, dass diese Technik zuverlässig funktioniert, wäre das ein Gewinn für Ökonomie und Ökologie gleichermaßen – mit riesigen Exportchancen für Japan. Aber auch eine Technologie, die für die ganze Welt enorm wichtig wäre.

- Beeindruckt bin ich auch von einigen Ihrer Photovoltaik-Anlagen, für die insbesondere unsere baden-württembergische Partner-Präfektur Kanagawa bekannt ist (dort steht die größte PV-Anlage).
- Und ich denke an den Nunobiki-Windpark in der Präfektur Fukushima – mit 33 Turbinen der größte Windpark Japans.

Wir in Deutschland haben mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien vor über 20 Jahren angefangen und dabei im Wesentlichen zwei verschiedene Phasen durchlaufen:

- In der ersten Phase ging es darum, die großen Energieversorger dazu zu bringen, Strom aus kleinen Wasserkraftwerken und einzelnen Windrädern abzunehmen und den Betreibern dafür einen fairen Preis zu zahlen. Dazu wurde 1991 – interessanterweise von einer damals konservativen Regierung – das so genannte „Stromeinspeisungsgesetz“ verabschiedet.



Treffen von Bundesratspräsident Winfried Kretschmann mit dem Premierminister a. D., Naoto Kan, in Tokio (Japan).

- In einer zweiten Phase ging es darum, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Dazu wurde das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) im Jahr 2000 aufgelegt. Kern des Gesetzes waren
 - ▷ erstens die Verpflichtung der Netzbetreiber, die erneuerbaren Energien an das Stromnetz anzuschließen und den Strom aus Erneuerbaren Energien ab-zukaufen;
 - ▷ zweitens, und das ist ein wichtiger Unterschied zur heutigen Gesetzeslage in Japan, Strom aus erneuerbaren Energien Vorrang vor Strom aus konventionellen Kraftwerken einzuräumen; d.h. wenn zu viel Strom durch die Netze fließt, müssen Atom- und Kohlekraftwerke gedrosselt werden, während erneuerbare Energien weiter ihren Strom einspeisen dürfen;
 - ▷ und drittens: für den Strom aus erneuerbaren Energien sind feste, aber de-gressive, also stetig sinkende Vergütungssätze, gesetzlich vereinbart.

Im Zusammenspiel mit der zuvor erfolgten Liberalisierung des Strommarkts (1998) hat das EEG eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen. Banken und Investoren wissen, dass Erneuerbare-Energien-Projekte eine sichere Geldanlage sind. Diese Investitionssicherheit einerseits und der garantierte Zugang zu den Stromnetzen andererseits war die Grundlage dafür, dass sich in einem von Atom- und Kohleenergie dominierten Markt eine Vielzahl innovativer Technologien durchsetzen konnten.



Führung mit Erläuterungen zum Zen-Buddhismus durch den Ginakuji-Tempel in Kyoto (Japan) durch einen Tempelpriester.

Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil der Erneuerbaren Energien von knapp 5 % auf über 21,9 % angewachsen. Besonders stark haben sich dabei die Windkraft und die Fotovoltaik entwickelt. Wenn Sie heute mit dem Zug durch Deutschland fahren, sehen Sie viele Windräder im Land. Etliche Dächer in unseren Dörfern und Städten schimmern blau, weil die Eigentümer Solarmodule aufgestellt haben. An sonnigen und windreichen Tagen produzieren die Erneuerbaren zur Tagesmitte über 20 Gigawatt an Strom. Das entspricht der Leistung von rund 20 Atomkraftwerken und deckt bis zu 50 % des nationalen Strombedarfs ab. Das war vor wenigen Jahren kaum vorstellbar. Es erstaunt umso mehr, weil Deutschland nicht dafür bekannt ist, besonders windig und sonnig zu sein. Im Gegenteil, Deutschland hat so viel Sonnenschein wie Alaska. Japan hat im Vergleich viel mehr Sonnenstunden.

Inzwischen sind die Erneuerbaren Energien den Kinderschuhen entwachsen. Die Technik hat sich rasant weiter entwickelt. Die Anlagen sind zuverlässig und praxiserprobt. Windräder sind heute 40 mal so leistungsstark wie noch vor 20 Jahren. Die Kosten wurden stark gesenkt. Allein bei der Fotovoltaik konnten in den letzten sechs Jahren die Kosten um mehr als 65 % gesenkt werden. Weil die Preise sinken, senken wir im Gegenzug auch die staatliche Förderung schrittweise ab.

- Aufgrund des äußerst starken Wachstums Erneuerbarer Energien stehen wir in Deutschland derzeit am Beginn einer dritten Phase. Diese Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass die Erneuerbaren Energien schrittweise zum Kern unserer Energieversorgung werden.

Das stellt uns vor neue Herausforderungen:

- Wir müssen beantworten, wie fluktuierende Erneuerbare Energien zum Kern der Energieversorgung der Zukunft werden können, ohne dass die Versorgungssicherheit leidet.
- Wir müssen gewährleisten können, dass sowohl der Bau und Betrieb von hochflexiblen Gaskraftwerken, die wir für eine Übergangszeit brauchen, als auch der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien rentabel ist.
- Und wir müssen beantworten, wie die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu gefährden.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir das Erfolgsmodell EEG weiterentwickeln. Wir brauchen weitere systemische Anreize, um die fluktuierende Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom mit anderen Maßnahmen wie Speichertechnologien oder Lastmanagement intelligent zu kombinieren bzw. zu synchronisieren.

Und, auch dies möchte ich an dieser Stelle betonen, wir müssen für das Gelingen der Energiewende die Potentiale der Energieeffizienz und -einsparung nutzen. Denn am preiswertesten ist die Energie, die gar nicht gebraucht wird. Im Bereich der Effizienz bei Energie und Rohstoffen stehen uns wichtige Herausforderungen bevor. Darin besteht die eigentliche neue industrielle Revolution: Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Auf der Angebotsseite liegt das größte Effizienzpotenzial in der Kraft-Wärme-Kopplung, kurz KWK. Wir können es uns nicht länger leisten, in fossil befeuerten Großkraftwerken bis zu zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie in Form von Abwärme in die Luft zu blasen. Auf der Nachfrageseite geht es vor allem um zwei Punkte: Erstens um die energetische Gebäudesanierung, zweitens um das Heben von Effizienzpotenzialen in Unternehmen und in privaten Haushalten. Diese schlummernden Potenziale wollen wir in Baden-Württemberg durch gezielte Energieberatung erschließen.

3. Bürgerbeteiligung

In Deutschland genießt der Ausbau der erneuerbaren Energien hohe Zustimmung. Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung unterstützt die Energiewende. Das ist das Ergebnis einer umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft an der Energiewende:

- Das EEG hat die Grundlage dafür geschaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung der Energiewende beteiligt werden:



Besichtigung des Heian-Schreins in Kyoto (Japan) mit einer Führung durch den stellvertretenden Oberpriester Honda Kazuo.

- ▷ In Deutschland haben sich hunderttausende Bürgerinnen und Bürger Solarpaneele auf die Dächer ihrer Häuser geschraubt oder Windräder errichtet. Viele Bauern, Lehrer oder Ärzte investieren ihr Geld lieber in Erneuerbare Energien statt in Aktien. Sie wissen, ihre Investition bringt eine ordentliche Rendite und es dient einem guten Zweck.
- ▷ Wer das nicht alleine machen will, kann sich auch mit anderen zusammenschließen, zum Beispiel zu einer „Energiegenossenschaft“, die gemeinsam eine Solaranlage oder ein Windrad oder eine Biogasanlage betreibt. Genossenschaften sind bewährte Modelle in Baden-Württemberg und beispielsweise im Bankenwesen sehr erfolgreich. Allein in meinem Bundesland Baden-Württemberg gibt es mittlerweile 120 solcher Energiegenossenschaften. Dieses Modell der Beteiligung wird jetzt erstmals auch auf Energienetze ausgeweitet (in Schleswig-Holstein).
- ▷ So werden aus Stromkonsumenten Stromproduzenten und aus einfachen Bürgern Unternehmer. Aus einer Produktion der Wenigen wird eine Produktion der Vielen. Mehr als 50 % der Investitionen in erneuerbare Energien kommen von den Bürgern, Bauern und kleinen Investoren. Das ist eine der wichtigsten Veränderungen, die die Energiewende mit sich bringt. Deshalb brauchen wir in Zukunft ganz andere Stromnetze. Stromleitungen dürfen dann keine Einbahnstraßen mehr sein, sondern müssen in beide Richtungen funktionieren und kommunizieren. Manche sprechen in diesem Zusammen-



Die Präsidentin der Republik Südkorea, Park Geun- hye, empfängt Bundesratspräsident Winfried Kretschmann im Sitz der Präsidentin im „Blue House“ in Seoul (Südkorea).

hang von „smart grids“, andere sprechen von einem „Energie-Internet“, das ein modernes Management der Stromlasten ermöglicht, z.B. die Anpassung der Produktionsabläufe an Phasen besonders hoher Stromproduktion.

- Hinzu kommt ein weiteres: Wir haben damit begonnen, Bürgerinnen und Bürger, aber auch Kommunen und Verbände, direkt an staatlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wir verordnen die notwendigen strukturellen Veränderung nicht von oben herab, sondern setzen auf Dialog, Konsultation und direkte Beteiligung. Dazu möchte ich Ihnen zwei Beispiele geben:
 - ▷ Erstes Beispiel: Wir entwickeln derzeit ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Baden-Württemberg und haben den entsprechenden Entwurf online gestellt. Rund 7000 Personen haben unsere Homepage besucht und sich an der Bewertung der Vorschläge beteiligt. An runden Tischen haben sich rund 120 Verbandsvertreter und rund 180 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Wir prüfen diese Anregungen und arbeiten sie in unsere Strategie ein.
 - ▷ Zweites Beispiel: Auch bei der Planung von Bauvorhaben konsultieren wir die Bürgerinnen und Bürger. So haben wir beim Bau des größten Pumpspeicherkraftwerks in Europa einen „Runden Tisch“ ins Leben gerufen, an dem Vertreter aus Politik, Energie und Bürgerschaft teilgenommen haben. Dabei wurden alle Fakten auf den Tisch gelegt und offen diskutiert.

Zugegeben: Auch nach einer umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft an der Gestaltung der Energiewende sind am Ende nicht alle Konflikte gelöst. Eine solche Erwartung wäre aber auch überzogen. Sicher ist aber: Unter dem Strich schaffen wir durch Offenheit und ein Mehr an demokratischer Beteiligung Vertrauen und stärken so die Akzeptanz für die Energiewende.

4. Ökonomisches Erfolgsmodell

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist nicht nur ökologisch notwendig sondern auch ökonomisch sinnvoll. Sie ist ein ökonomisches Erfolgsmodell und eine Riesenchance für die Wirtschaft. Zwar wird gegenwärtig in Deutschland eine harte Debatte um die Kosten der Energiewende ausgefochten. Allerdings geht dabei verloren, dass die Kosten zugleich Investitionen sind. Die Energiewende ist ein riesiges Investitionsprogramm, das unsere Wirtschaftskraft stärkt und viele neue Arbeitsplätze schafft.

Schon heute überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile der erneuerbaren Energien. Denn die fossilen Energien kommen unserer Volkswirtschaft teuer zu stehen. Ein großer Teil wird importiert und macht uns abhängig von den Krisenregionen der Welt. Die erneuerbaren Energien ersetzen teure Energieimporte, sie schaffen Wertschöpfung zu Hause, stärken unsere Energiesicherheit und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund ist die Energiewende gerade für Staaten wie Deutschland und Japan hochrelevant.

Im Sektor der erneuerbare Energien arbeiten in Deutschland inzwischen mehr als 380.000 Beschäftigte² und in Baden-Württemberg allein 30.000 Personen³. Das sind bereits halb so viele Beschäftigte wie die deutsche Automobilindustrie samt Zulieferern aufweist (rund 730.000).

Was wir gegenwärtig erleben, ist nichts weniger als der Beginn einer grünen industriellen Revolution. Prognosen gehen bis zum Jahr 2020 von einem Wachstum der weltweiten Nachfrage nach innovativer Umwelttechnologie von mehr als 5 % pro Jahr aus, das Wachstum des deutschen Umweltsektors wird sogar mit 8 % pro Jahr veranschlagt. Durch die Energiewende werden Unternehmen in den Bereichen nachhaltiger Mobilität, ressourcenleichter Produktion, Hersteller Erneuerbarer Energien oder intelligenter Netzlösungen weltweit die Nase vorn haben.

All dies hat ein großer Teil der baden-württembergischen Unternehmen längst erkannt und die in dieser Entwicklung liegenden Chancen ergriffen. Unsere Automobilindus-

2 Quelle: Bundesumweltministerium für 2011

3 Quelle: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg



Besichtigung des Changdeokgung Palastes mit Schülerinnen in traditioneller Tracht in Seoul, Südkorea.

trie und unser Maschinenbau sind schon heute mit grünen Produktlinien, die energieeffizient und ressourcenleicht sind, auf den Weltmärkten erfolgreich!

Und auch in Japan gibt es viel Bewegung auf diesem Feld. Ich erinnere beispielsweise an die Hybrid Technologie oder die spannenden Modellprojekte sogenannter „Smart Communities“ wie „Yokohama City“ oder „Toyota City“, die heute von unserer Umweltdelegation besucht wird. In diesen intelligenten Städten der Zukunft werden nachhaltiges Wohnen und Elektromobilität so miteinander verknüpft werden, dass die Städte nicht nur unabhängig vom Strom aus Kernkraft werden, sondern gleichzeitig auch noch drastisch die CO₂-Emissionen senken. Die großen japanischen Elektronikkonzerne wie Toshiba, Mitsubishi Electric oder Hitachi sind inzwischen an Bord. Von deutscher Seite wollen Top-Unternehmen wie Siemens oder Daimler die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan in diesem Bereich intensivieren.

Japan ist darüber hinaus ein schlafender Riese in Sachen Geothermie. Hier schlummern gewaltige Potenziale für den Export. All das bedeutet auch: Hier entstehen Arbeitsplätze, und zwar nicht irgendwelche Jobs, sondern die Arbeitsplätze der Zukunft.

5. Schluss

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist ein ökologisches Erfolgsmodell. Sie bringt uns eine sichere, umweltverträgliche und zukunftsfähige Energieversorgung und soll unseren Beitrag dazu leisten, den Klimawandel in erträglichen Maßen zu halten. Deutschland hat sein 1997 hier in Kyoto zugesagtes Ziel, die Emissionen bis 2012 um

21 % zu reduzieren (Bezugsjahr 1990), frühzeitig erreicht. Darauf können wir uns aber nicht ausruhen. Mit der Energiewende streben wir an, unsere Wirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts quasi zu de-carbonisieren.

Natürlich freut es mich, dass – wie heute vorab in einigen Zeitungen zu lesen ist – anscheinend selbst die Internationale Energieagentur ihren bisher äußerst kritischen Blick auf den deutschen Atomausstieg entscheidend verändert und nun die Energiewende lobt.

Die Energiewende ist aber nicht nur ein ökologisches, sie ist auch ein ökonomisches Erfolgsmodell. Wer den Anschluss an die Spitze der Weltwirtschaft nicht verlieren will, der muss diesen Weg über kurz oder lang mitgehen. Gerade hochinnovative Technonationen sind hierfür prädestiniert und können diese Aufgabe stemmen – und zwar am besten, indem sie an dieser Jahrhundertaufgabe – bei aller Konkurrenz – zusammen arbeiten.

Wir wollen im Industrieland Baden-Württemberg zeigen, dass und wie dies möglich ist. Wir haben uns für eine bürgernahe und dezentrale Umsetzung der Energiewende entschieden. Und dafür, mit allen Beteiligten und Akteuren offen und konstruktiv zusammenzuarbeiten. Das schafft Vertrauen und fördert die Bereitschaft, voneinander zu lernen. So wird die Energiewende zu einer Zukunftschance für die gesamte Gesellschaft.

Ich bin gespannt darauf, wie die für Dezember 2013 angekündigte neue Energiestrategie aussehen wird, die sie in Japan bald verabschieden werden. Ich hoffe, auf dieser Reise weitere Ideen und Anregungen mitzunehmen, wie die Energiewende gelingen kann und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Vielen Dank!



Winfried Kretschmann
Präsident des Bundesrates und
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM